

HUMAN PLACE

INFORMATIONSBLATT ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK IN MECKLENBURG-VORPOMMERN



Leinen los und Vorhang auf

*Gemeinsam lernen durch
Sprachpatenschaften*

*Tschetschenische Flüchtlinge-
ihre Lage und ihre Aussichten*

Ankunft einer irakischen Familie

IMPRESSUM

Titel: „Human Place“

Ausgabe: Heft 3/09

Hrsg.: Flüchtlingsrat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Postfach 11 02 29,
19002 Schwerin

Tel.: 0385 / 581 57 90

Fax: 0385 / 581 57 91

E-Mail: kontakt@fluechtlingsrat-mv.de

Internet: www.fluechtlingsrat-mv.de

Mitwirkende dieser Ausgabe:
Ulrike Seemann-Katz
Christine Ilic
Doreen Klamann-Senz

Fotos: Archiv

Layout: Diana Burandt

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften.
Für unverlangt eingesandte Fotos, Manuskripte und Materialien wird jedoch keine Haftung übernommen. Im Falle des Abdrucks kann die Redaktion kürzen.
Manuskripte sollten als Datei (CD-Rom, Diskette oder E-Mail) geliefert werden.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.

Dieses Informationsblatt wird durch den Europäischen Flüchtlingsfonds, den Förderverein PRO ASYL e.V., und UNO Flüchtlingshilfe e.V. gefördert.

INHALT

	Seite
Impressum	2
Tschetschenische Flüchtlinge - ihre Lage und ihre Aussichten	3 - 5
Leinen los und Vorhang auf	6 - 7
„Plötzlich sind sie entspannt und glücklich“ Interview von Anke Lübbert mit Anja Matz vom PSZ aus Greifswald	8 - 9
Ankunft der irakischen Familie über das Resettlement - Programm Save-me-Initiative unterstützt Irakische Familie bei ersten Schritten	9
...Recht interessant - Recht? Interessant	10
Tschetschenien - alleingelassen und vergessen Ein Aufruf gegen politische Ohnmacht und menschliche Gleichgültigkeit	11 - 13
Gemeinsam lernen durch Sprachpatenschaften 18 begeisterte Paten und Patinnen in Schwerin	14
Einladung zum Seminar Familiennachzug	15

Tschetschenische Flüchtlinge- ihre Lage und ihre Aussichten

Flüchtlinge aus Tschetschenien kommen seit der Jahrtausendwende in größerer Zahl nach Deutschland. Eine spezifisch auf Tschetschenen ausgerichtete Statistik veröffentlicht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht. Es ist deshalb schwierig an genauere Zahlen heranzukommen. Jedenfalls ist bekannt, daß im Jahr 2003 von 3.383 russischen Asylbewerbern 1.754 Tschetschenen waren (nach Angaben von Pro Asyl), also etwas mehr als die Hälfte. Im laufenden Jahr (Januar bis Oktober 2009) gibt es nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) bisher 731 Asylbewerber aus Russland.

Die rückläufigen Zahlen ergeben sich nach meiner Erfahrung in erster Linie aus der Verlagerung der Außengrenzen der EU an die Ostgrenzen Polens, der Slowakei und Ungarns und aus der verstärkten Überwachung dieser Grenzen. Es ist heute fast unmöglich, auf dem Landweg nach Deutschland zu kommen, ohne zuvor einen Asylantrag z.B. in Polen gestellt zu haben. In diesem Fall aber ist Deutschland nach den Bestimmungen des Dubliner Übereinkommens für die Bearbeitung des Asylantrages nicht mehr zuständig; der Asylsuchende taucht in der deutschen Statistik nicht mehr auf.

Natürlich haben sich auch die Verhältnisse in Tschetschenien und in Russland über die Jahre geändert. Das Bamf geht von einer entscheidenden Besserung der Lage aus. Hier lohnt sich ein differenzierter Blick.

ZUR VORGESCHICHTE

Die Bestrebungen des tschetschenischen Volkes nach Unabhängigkeit reichen über Jahrhunderte in die Zarenzeit zurück. Unter der Herrschaft Stalins war

das tschetschenische Volk schweren Repressionen ausgesetzt. Innerhalb zweier Tage im Februar 1944 wurden 400.000 Tschetschenen (das ganze tschetschenische Volk) zusammen mit 100.000 Inguschen nach Sibirien und Kasachstan deportiert; auf dem Weg und in der Verbannung starben wohl 25 % von ihnen.

Viele Tschetschenen betrachten die Nach-Stalin-Ära als die glücklichste Zeit in der Geschichte des Volkes. Dennoch: Der Wunsch nach Unabhängigkeit blieb verbreitet. Und nachdem der damalige Präsident Jelzin erklärt hatte, jedes Volk könne sich so viel davon nehmen, wie es will, waren die Tschetschenen die ersten innerhalb der Russischen Föderation, die von diesem Angebot Gebrauch machten.

Im Oktober 1991 erklärte Dshochar Dudajew - neu gewählter tschetschenischer Präsident - die Unabhängigkeit der Republik. Die gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelten sich recht problematisch; zunächst unterstützten nicht alle Tschetschenen ihren Präsidenten. Als jedoch Jelzins Sicherheitsberater Lobow Ende November 1994 erklärte, der Kreml brauche einen ‚kleinen siegreichen Krieg‘, um das Ansehen des Präsidenten zu heben, und als im Dezember russische Truppen in Tschetschenien einmarschierten, da stand das tschetschenische Volk hinter seiner Regierung. Im Krieg starben bis zu 100.000 Menschen.

Mit dem ‚kleinen siegreichen Krieg‘ war es nichts; Tschetschenien konnte nicht besiegt werden. Im November 1996 endete der **erste Tschetschenienkrieg** mit dem Waffenstillstandsabkommen von Chasawjurt, unterzeichnet von Lebed und Maschadow. Die Frage der Souveränität Tschetscheniens wurde ausdrücklich offen gelas-

sen. Im Januar 1997 wurde Maschadow zum Präsidenten gewählt. Viele Tschetschenen betrachteten ihn als schwach - einerseits nahm die Kriminalität einen enormen Aufschwung, andererseits gab Maschadow islamistischen Kräften in seinem Land nach. Die Scharia wurde eingeführt.

Schließlich bot die Besetzung dreier Bergdörfer im benachbarten Dagestan durch die Leute von Schamil Bassajew (seinerzeit tschetschenischer Premierminister, Angehöriger der wahabitischen Glaubensrichtung und später der meistgesuchte Mann Russlands, umgekommen am 10.07.2006) im August 1999 den Anlaß zur Eröffnung des **zweiten Tschetschenienkrieges**. Allerdings ist es eine Legende, daß diese Besetzung der Grund für den russischen Angriff war. Vielmehr gab es einen Beschluß des Sicherheitsrates über den Einmarsch in Tschetschenien bereits im Juli 1999.

Mit dem Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges setzt eine Massenflucht ein - nach Westeuropa, aber auch nach Inguschetien, nach Kasachstan, in die Türkei und in arabische Länder. Angesichts der besonderen Brutalität dieses Krieges kein Wunder. Er war gekennzeichnet durch die Bombardierung der Zivilbevölkerung, durch Entführungen, extralegale Hinrichtungen, Filtrationslager, Folter. Zehntausende sind bis heute verschollen. Bei Säuberungen wurden nicht nur politische Gegner mitgenommen. Insbesondere junge Männer im wehrfähigen Alter mussten versteckt werden oder wurden zur Rettung ihres Lebens ins Ausland geschickt. Nach den Anschlägen vom 11.09.2001 in den USA nutzte Präsident Putin die Gunst der Stunde und erklärte den Krieg gegen das tschetschenische Volk

zum **Kampf gegen den internationalen Terrorismus**. Meine Überzeugung ist: Eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus hätte Verhandlungen der russischen Regierung mit dem einzigen demokratisch legitimierten Vertreter des tschetschenischen Volkes, mit Aslan Maschadow, erfordert. Statt dessen wurde der Präsident umgebracht und für ihn Achmed Kadyrow eingesetzt.

GEGENWÄRTIGE LAGE IN TSCHETSCHENIEN

Achmed Kadyrow war in der Bevölkerung verhaßt - sein Sohn Ramsan Kadyrow, mittelbarer Nachfolger nach dessen Tod durch ein Attentat, ist gefürchtet. Die Lage unter Kadyrow beschreibt das OVG Berlin-Brandenburg in seinem **Urteil vom 03.03.2009, OVG 3 B 16.08**, in weiten Teilen zutreffend wie folgt:

„Putin erklärte im Januar 2006 zum wiederholten Male die antiterroristische Operation ... für beendet. Gleichwohl finden auch heute noch kleine Kämpfe zwischen Rebellen und regionalen sowie föderalen Sicherheitskräften statt.“

... Nach der Auskunft von Prof. Luchterhandt an den VGH Kassel vom 08.08.2007 ist die Tschetschenisierung des Tschetschenienkonflikts eine weitere Revolutionierung des sozialen Gefüges der Gesellschaft Tschetscheniens. Die durch Kadyrow mit Moskauer Hilfe und Garantie errichtete, mit wachsender Einseitigkeit ausgestaltete und rücksichtslos durchgesetzte diktatorische politische Ordnung in der Republik setzt sich über alle vom tschetschenischen Gewohnheitsrecht geheiligten Grundsätze hinweg: Anerkennung für den Vorrang und die Würde des Alters, demokratische Konsensstrukturen, Achtung der tejp-Ordnung (Sippenordnung).

Der durch eine solche Politik bewirkte Zuzug verbitterter, verzweifelter Menschen zum tschetschenischen Untergrund ist eine ihrer Folgen. Ein anderer Aspekt ist die Unberechenbarkeit des von kriminellen, zu allem fähigen Gewalt-

tätären beherrschten Kadyrow-Regimes. Angefangen von Kadyrow selbst, von dem bekannt ist, daß er sich bisweilen selbst an Folterungen beteiligt, sind viele Vertreter dieses Regimes von kriminellen Leidenschaften, von Allmachtsgefühlen und Mordlust, von Habgier und Haß geleitet.“

Wenn allerdings das Gericht daraus den Schluß zieht, die tschetschenische Gesellschaft sei durch willkürliche Machtstrukturen geprägt, und damit implizit unterstellt, eine zielgerichtete politische Verfolgung finde nicht statt, so verkennt es, daß das russische Regime ganz bewusst gerade Kadyrow zu seinem Handlanger in Tschetschenien gemacht hat. Insofern sprechen wir nicht über eine irrationale Politik, deren Sinn und Zweck nicht zu erkennen ist. Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung bestätigen mir alle tschetschenischen Mandanten, daß sich Kadyrow ohne die Gnade Russlands in Tschetschenien keinen Tag halten könnte. Wer immer im Verdacht steht, sich dem Kadyrow-Regime (als Teil des russischen Herrschaftssystems) entgegenzustellen, ist akut von Verfolgung bedroht. Dabei genügt der bloße Verdacht oder die Verwandtschaft mit Verdächtigen. Niemandem muss irgendeine konkrete Tat nachgewiesen werden.

Richtig ist, daß derzeit die Intensität der militärischen Handlungen erheblich nachgelassen hat und die Zahl der verschwundenen Personen gesunken ist. Andererseits aber hat nach Angaben von MEMORIAL die Praxis zugenommen, Anklagen mit gefälschten Beweismitteln zu erheben. In seinem Bericht über die Lage in der Konfliktzone im Nordkaukasus von Oktober 2008 bis Mai 2009 berichtet MEMORIAL:

„Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß sich die tschetschenische Situation... in Richtung Stabilisierung entwickelt. Jedoch scheint diese Stabilität die eines totalitären Regimes zu sein, das auf Brutalität, Unterdrückung und Furcht beruht und darauf gerichtet

ist, den Ausfluß an irgendwelchen Informationen... maximal zu beschränken.“

... Die Aufgabe des Kampfes gegen den bewaffneten Untergrund und die Opposition wie auch die diesbezüglichen Vollmachten und die damit verbundene Anwendung rechtswidriger Gewalt sind auf die republikanischen (d.i. tschetschenischen) Sicherheitsstrukturen übertragen. Diese schließen das republikanische Innenministerium ein sowie die Einheiten der Internen Truppen des Russischen Innenministeriums, die großteils aus denen bestehen, die gemeinhin als Kadyrowzy bezeichnet werden. Sie handeln ... in vollkommener Missachtung jeglicher Normen des russischen Rechts. ... Am 21. April veröffentlichte der Pressedienst des Tschetschenischen Innenministeriums eine Erklärung des Stellvertretenden Innenministers der Republik, M. Isajew, in der behauptet wurde, daß in den ersten drei Monaten 2009 kein einziger terroristischer Anschlag oder Straftat mit Extremismus-Bezug auf tschetschenischem Gebiet registriert wurde. Am selben Tag berichtete der Sprecher des Hauptquartiers der Militärkontrolle der Tschetschenischen Republik, das für die Koordinierung der Konterterroristischen Operationen der föderalen Sicherheitsstrukturen in der Tschetschenischen Republik zuständig ist, daß seit Beginn des Jahres 2009 16 bewaffnete Angriffe, drei Kanonenattacken und elf Explosionen in Tschetschenien begangen worden sind ... Offensichtlich ist der bewaffnete Untergrund in Tschetschenien bisher nicht vollständig besiegt. Nach jüngsten Informationen hat im Frühjahr eine neue Welle junger Männer ihre Familien verlassen und sich den Kämpfern angeschlossen, die sich in den Bergen verstecken.“

MEMORIAL beobachtet einen signifikanten Rückgang der Zahl von Entführungen und Folter. „Aber seit Ende 2008 können wir eine schrittweise Rückkehr zu früheren Praktiken beobachten.“ Hierzu legt

MEMORIAL folgende Statistik vor, wobei es sich nur um die Fälle von Entführungen handelt, die MEMORIAL zur Kenntnis gegeben worden sind. MEMORIAL selbst schätzt ein, daß weniger als die Hälfte aller Fälle erfasst sind.

	Gesamtzahl	davon entlassen	davon tot gefunden	davon vermisst	davon in Polizeigewahrsam gefunden
Okt. 08	1			1	
Nov. 08	6	3	3		
Dez. 08	4	2		2	5 (für die 3 Mon.)
Jan. 09	7	7			
Febr. 09					
März 09	25	20	2	2	1
April 09	26	18		2	6

MEMORIAL kommentiert die Ereignisse wie folgt: „Die Besonderheit dieser Entführungen besteht darin, daß die Entführer in der Mehrzahl der Fälle ihre Opfer nach regulären Foltern und Erniedrigungen entlassen. Das wird von den Behörden als ‚Vorbeugungsmaßnahmen gegen Terrorismus‘ betrachtet. ... Das Hauptziel ist hier, eine Atmosphäre der Angst in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten.“ Weiter: „Menschenrechtler erhalten immer mehr Information über Folter.“ Und weiter: „Die Praxis, Häuser der Verwandten von Kämpfern zu verbrennen, hält in der Tschetschenischen Republik an.“

Fazit: Die Gefahr der politischen Verfolgung besteht in Tschetschenien für jeden fort, der in Verdacht kommt oder gekommen ist, gegen das Regime zu wirken oder gewirkt zu haben.

Unter einem solchen Verdacht kommen insbesondere auch Männer im wehrfähigen Alter, die aus dem Ausland nach Tschetschenien zurückkommen. Man wird annehmen, sie seien „in den Bergen“ gewesen. (Dieser Umstand wird von allen Gerichten heruntergespielt.)

GLAUBWÜRDIGKEIT DER BEGRÜNDUNG DES ASYLBEGHEHENS

Rechtsprechung und Entscheidungspraxis des Bamf reagieren auf die tatsächliche Gefährdungslage

tschetschenischer Flüchtlinge unterschiedlich. Angesichts des ungenügenden statistischen Materials ist eine exakte Aussage hinsichtlich der Erfolgsquote tschetschenischer Asylbewerber nicht möglich.

Für das Jahr 2003 wurden folgende Entscheidungen für Antragsteller mit russischer Staatsangehörigkeit getroffen.

Asyl	3 %
Anerkennung als politischer Flüchtling	14 %
Zuerkennung v. Abschiebungshindernissen	6,35 %

Mit großer Wahrscheinlichkeit liegt die Erfolgsquote russischer Asylbewerber mit tschetschenischer Volkszugehörigkeit über der von Asylbewerbern aus Russland mit anderer Volkszugehörigkeit. Für 2006 teilte das Bamf mit, daß 1,8 % der russischen Asylbewerber als asylberechtigt und 10 % als politische Flüchtlinge anerkannt wurden. Leider geben die neuen Zahlen, die das Bundesamt über das Internet veröffentlicht, keinen Vergleich für die Länder und Volkszugehörigkeiten.

Wie bei Asylbewerbern aus anderen Ländern auch steht auch für tschetschenische Asylbewerber die Frage nach der Glaubhaftigkeit ihres Vortrages im Vordergrund. Wenn diese in Frage gestellt wird, gibt es für den Anwalt oder die Anwältin viel zu tun. Zuerst muß das Gespräch mit den Mandanten selbst gesucht werden. Widersprüche lassen sich hin und wieder aufklären. Insbesondere kann auch der Rüge eines vagen und unsubstantiierten Vortrages

entgegengetreten werden. Da das Bamf zur Sachaufklärung verpflichtet ist, ist ihm durchaus vorzuwerfen, wenn bei Widersprüchen keine Nachfragen gestellt werden. Ergänzender Vortrag in diesem Zusammenhang ist notwendig und möglich und wird von den Gerichten auch zumeist akzeptiert.

ZEUGENAUSSAGEN

Fast immer ist es auch möglich, Zeugen zu benennen. Tschetschenische Flüchtlinge kennen einander. Sie finden sehr häufig in Deutschland oder anderen Ländern Westeuropas lebende Verwandte, frühere Nachbarn oder Kampfgefährten. Zeugenaussagen sind gute Beweismittel, wenn die Zeugen glaubwürdig sind. Und Zeugen sind glaubwürdiger, wenn sie bereits selbst als Flüchtlinge anerkannt sind.

DOKUMENTENFÄLSCHUNG

Anders ist es mit der Vorlage von Bescheinigungen. Die Behauptung des Bamf und der Gerichte, man könne in Tschetschenien ein beliebiges Dokument kaufen, wird von den Flüchtlingen selbst bestätigt. Man sollte deshalb tschetschenischen Flüchtlingen davon abraten, solche Papiere zu besorgen, wenn dies mit viel Mühe, Geld und möglicherweise auch Gefahren für dritte Personen verbunden ist. Außerdem sollte man Bescheinigungen vor dem Einreichen stets genau prüfen. Insbesondere während des zweiten Krieges herrschte in tschetschenischen Ämtern Chaos.

Den gesamten Text können Sie auf der Website des Flüchtlingssrates nachlesen unter: www.fluechtlingsrat-mv.de.



Text: Dr. Tatjana Ansbach, Rechtsanwältin in Berlin, www.leo-rechtsanwaelte.de

Leinen los und Vorhang auf



Vom 24. Oktober bis zum 1. November segeln 18 Jugendliche aus Deutschland, Afghanistan, China, Vietnam, dem Kosovo und Irak gemeinsam durch den Greifswalder Bodden. Am Ende der Reise führen sie ein Theaterstück auf. Zehn Jugendliche sind Flüchtlinge.

Am letzten Morgen, nachdem das Schiff geputzt ist und alle Sachen gepackt sind, stellen sich die Jugendlichen noch einmal vor der Lovis auf. Nader, 18 Jahre alt, ist eigentlich ein zurückhaltender Mensch. Aber nun steht er in der Mitte des Kreises, dreht sich um die eigene Achse und ruft: „Liebe Leute: Ihr habt mir alle mein Herz kaputt gemacht!“

Eine Woche lang sind zehn Flüchtlinge und acht deutsche Studenten zwischen 14 und 22 Jahren auf dem traditionellen Segelschiff Lovis gesegelt. Haben zusammen Segel gesetzt, gekocht und abgewaschen. Dabei haben sie ein Theaterstück geprobt und aufgeführt.

Das Leben mit anderen gleichaltrigen Deutschen ist für einige der jugendlichen Migranten ein extremes Kontrastprogramm zu ihrem Alltag in Asylbewerberheimen Mecklenburg-Vorpommerns. Für viele von ihnen ist es das erste Mal, dass sie Zeit außerhalb ihres Landkreises verbringen. Wegen der Residenzpflicht sind sie normalerweise an die Heime gebunden.

„Es war das erste Mal, dass ich es erlebt habe, dass Ausländer und Deutsche so normal miteinander umgegangen sind“, sagt Nader, „überhaupt hatte ich das erste Mal seit langer Zeit wieder das Gefühl, ein normaler Mensch zu sein.“ Obwohl er seit kurzem in Rostock eine Schule besucht, erlebte Nader Deutsche bisher vor allem in Behörden oder als Aufsichtspersonen im Heim. Seinen Alltag prägen andere Asylbewerber im Heim.

So verschieden die Lebenswelten der Deutschen und der Migranten sind, auf dem Schiff schmelzen die Unterschiede schnell dahin. Beim ersten Mal Segel setzen sind die vielen Tauen und die Segelsprache für alle gleich neu und nur gemeinsam kann das große Segel gesetzt werden. Auch bei den Theaterproben gibt es kaum Differenzen: Es geht vor allem um Akrobatik und Körpersprache – die können Deutsche und Migranten gleich gut.

Nader kommt aus Afghanistan, hat als 8-Jähriger seine Eltern verloren und ist mit seinem Großvater in den Iran geflohen. Mit 15 Jahren kam er alleine nach Europa.



Jugendliche aus Deutschland, Afghanistan, China, Vietnam, dem Kosovo und Irak

Nader lebte 1,5 Jahre im Aufnahmelaager in Horst. Seit sieben Monaten wohnt er im Heim in Rostock und besucht nun eine Realschule. Nachts kann Nader manchmal nicht schlafen. Er denkt an den Großvater im Iran, fragt sich, ob er schnell genug Deutsch lernt, die Schule schafft. Ob er in Deutschland bleiben darf. Nader macht sich Sorgen um seine Zukunft.

Am zweiten Tag, nach den ersten Theaterproben, den ersten Konflikten um die Frage, warum es nicht zu jedem warmen Abendessen Weißbrot gibt, erzählt Nader unten im Schiffsbauch seine Geschichte. Die Worte sprudeln aus ihm heraus. Um ihn herum wird es still. Manche, die vorbeikommen, setzen sich hin und hören zu.

Nicht nur die Asylbewerber sind froh, endlich von ihren Geschichten erzählen zu können, auch für die Studenten ist es eine Bereicherung. „Die anderen kennenzulernen und ihre Geschichten zu hören, hat mich sehr beeindruckt“, sagt die 21-Jährige Sophie Hirschelmann, „mitzubekommen, was sie schon erlebt haben, hat mir klargemacht, wie behütet ich aufgewachsen bin.“

Am Tag der Aufführung ist die Atmosphäre angespannt: Die Jugendlichen sind aufgereggt. An der Greifswalder Museumswerft warten an die 100 Zuschauer. Glücklich und stolz verbeugen sich alle nach der Premiere. Nader sagt: „Ich will jetzt keinen Augenblick mehr verpassen.“

Anke Lübbert Freie Journalistin



Nader aus Afghanistan

“Plötzlich sind sie entspannt und glücklich”

Interview von Anke Lübbert mit Anja Matz vom PSZ aus Greifswald

Anja Matz, arbeitet seit 2006 beim Psychosozialen Zentrum für Migranten in Vorpommern und hat zusammen mit der Gruppe “Jugendliche ohne Grenzen” Mecklenburg-Vorpommern eine Segel- und Theaterreise für deutsche Studenten und junge Flüchtlinge organisiert.



Anja Matz

AL | FRAU MATZ, WIE KAM ES ZU DER REISE?

AMI Die Segelreise war eine Folgeidee, im Sommer 2006 hatte es einen ersten Segeltörn gegeben. Das war so toll, dass wir die Reise auf jeden Fall wiederholen wollten.(...)

AL | WIE LIEF DIE ORGANISATION DER REISE?

AMI Es war nervenaufreibend, die Jugendlichen davon zu überzeugen, sich eine Woche frei zu nehmen, sich auf ein Schiff zu trauen, Theater zu spielen, das Geld auszugeben. Aber als dann alle auf dem Schiff waren, habe ich von der ersten Minute an gemerkt, dass sie das genossen haben.

AL | WAS DENKEN SIE HAT DIE FAHRT DEN JUGENDLICHEN GEBRACHT?

AMI Das wichtigste ist sicherlich: Da sind Freundschaften entstanden, die sonst nicht entstanden wären. Wir hatten zwei Gruppen: Einerseits deutsche Studenten aus Greifswald, andererseits junge Flüchtlinge, die in Heimen in M-V wohnen und teilweise sehr krasse Flucht- und Lebensgeschichten hinter sich haben.

AL | WIE KÖNNEN DIESE FREUNDSCHAFTEN WEITER BESTEHEN BLEIBEN?

AMI Seit der Reise begleitet mich jede Woche ein anderer Greifswalder zum Heim nach Stralsund. Viele der Mitsegler wollen auch öffentlichkeitswirksam aktiv werden, zum Beispiel zur Konferenz von „Jugendliche ohne Grenzen“, wo sich Flüchtlinge für ein Bleiberecht einsetzen. Auch auf der privaten Ebene funktioniert das: Drei Jugendliche aus dem Kosovo haben alle anderen zum serbischen Nikolausfest eingeladen, vom 18. auf den 19. Dezember übernachteten sie zusammen im Stralsunder Heim.

AL | WIESO IST DIE SEGELREISE DIE GEEIGNETE FORM, EINE BEGEGNUNG ZWISCHEN DEUTSCHEN UND FLÜCHTLINGEN ZU FÖRDERN?

AMI Selbst interessierte engagierte deutsche Jugendliche haben es schwer, gleichaltrige Flüchtlinge kennenzulernen. Die besuchen nach ihrem 18. Lebensjahr meist keine Schule mehr, dürfen keine Ausbildung machen. Oft warten sie im Heim darauf, dass ihr Asylverfahren entschieden wird und verschenken wichtige Jahre der Entwicklung. Das Segelschiff ermöglicht es ihnen, sich mit anderen auf einer gleichberechtigten Ebene zu treffen, weil alles für die Deutschen ebenso neu ist wie für die Migranten.

AL | WIE WAR ES FÜR DIE DEUTSCHEN JUGENDLICHEN?

AMI Integration, das liest man ja in dem Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung, bedeutet ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen. Und auf dem Schiff findet das statt. Die aufnehmende Gesellschaft wird in Form der deutschen Jugendlichen für die Probleme von Flüchtlingen sensibilisiert. Die Deutschen trauten sich auf dem Schiff, Fragen zu stellen, wie „Hast du Sehnsucht nach deiner Heimat?“ Aus solchen Fragen ergeben sich weitere; nach Fluchtwegen, Fluchtgründen, Lebensbedingungen im Herkunftsland... Das lernt man so auf der rein kognitiven Ebene, zum Beispiel in der Schule, nicht.

AL | WARUM NICHT?

AMI Weil es darum geht, Empathie zu entwickeln, Vorurteile zu überwinden. Auf einer Segelreise, wo alle zusammen die Segel hoch ziehen, aufeinander angewiesen sind, haben die Jugendlichen einen anderen Zugang zueinander. Da läuft es nicht auf der

Mitleidsschiene „die armen Asylbewerber“, sondern so, dass man voneinander lernt. Flüchtlinge haben die Chance, Jugendliche zu sein und sich nicht mit existenziellen Themen zu belasten. Das ist für ihre Entwicklung wichtig und ein nötiger Kontrast zum Heimalltag.

AL | WODURCH ZEICHNET SICH DIESER HEIMALLTAG AUS?

AMI Es leben Menschen aus sehr unterschiedlichen Kulturen auf engem Raum. Die Gebäude sind oft in einem schlechten Zustand, man hört, sieht, riecht alles, es gibt wenig Raum zum Zurückziehen.

Viele sind psychisch krank oder werden es im Heim. Man tauscht sich vor allem über Probleme aus: „Bekomme ich eine Arbeitserlaubnis, einen Urlaubsschein?“ Solche Dinge. (...)

AL | HAT SICH AUCH FÜR SIE DER ZUGANG ZU DEN MIGRANTEN VERÄNDERT?

AMI Absolut. Auf dem Schiff bin auch ich ungezwungener. Im Heim sehe ich in den Flüchtlingen meine Klienten, denen ich versuche, zu helfen und sie zu unterstützen. Auf dem Schiff leben wir gemeinsam, die Hierarchien sind nicht so spürbar.(...)

Anke Lübbert, Journalistin

Ankunft der irakischen Familie über das Resettlement-Programm in Greifswald

Save-me-Initiative unterstützt Irakische Familie bei ersten Schritten

In Greifswald lebt seit dem 4. November eine irakische Familie mit zwei Kindern. Sie sind über das Resettlement-Programm des UNHCR gekommen. Der Sohn brauchte dringend ärztliche Versorgung, weshalb er zu den besonders schutzbedürftigen Personen zählt, für die der UNHCR eine neue Heimat in sicheren Staaten gesucht hat. Deutschland hatte sich bereit erklärt, insgesamt 2.500 Iraker aus Syrien und Jordanien aufzunehmen.

So kam die Familie direkt nach Greifswald ohne den für andere Iraker normalen dreimonatigen Aufenthalt in Friedland in Niedersachsen. Die Vorbereitung durch die Stadt war unzureichend. Sie wurde zwei Wochen vorher über die Ankunft der Flüchtlinge informiert und musste in kürzester Zeit eine passende Wohnung finden, was kurz vor Semesterbeginn nicht einfach ist. Der Sozialamtsleiter organisierte aber Möbel und vereinbarte Termine bei der Arge, Ausländerbehörde, Klinik und anderen Stellen.

Seit dem ersten Tag der Familie in Greifswald betreue fast ausschließlich ich, Henning Schindler, die Familie. Das bedeutet, dass ich sie in der ersten

Woche täglich zu Terminen begleitet und insgesamt zwischen 4- 6 Stunden mit ihnen verbracht habe. Schwierig waren die ersten Fahrten mit der Straßenbahn, die ersten Besuche im Krankenhaus usw. Eine Beratungsstelle, wie zum Beispiel die der Caritas vor Ort, leisten so eine intensive Betreuung nicht.

Die Pat_innen der Save-me-Kampagne engagieren sich sehr unterschiedlich. Drei ältere Damen setzen sich sehr intensiv für die Familie ein (Spielzeug, Einrichtungsgegenstände, medizinische Sachen) und die an der Kampagne teilnehmenden Student_innen dolmetschen.

Die Betreuung der Familie und deren Integration in die Stadt ist dank der Pat_innen, anderen Irakern in Greifswald und meinem ehrenamtlichen Engagement seitens der Save Me Kampagne sehr gut.

Von der Stadt habe man sich allerdings mehr erhofft nach dem Bürgerschaftsbeschluss, so Henning Schindler. Wir danken an dieser Stelle auch dem ehrenamtlichen Engagements des Sozialamtsleiters, der schon lange mit der Save-me-Kampagne in Kontakt steht.

...recht interessant - Recht? Interessant!



H. Schlichting

Erstattung von Passbeschaffungskosten - Gebührenbefreiung

Zu den wichtigsten ausländerrechtlichen Mitwirkungspflichten gehört es, sich rechtzeitig um die Ausstellung eines neuen Passes zu bemühen, wenn der alte seine Gültigkeit verliert. Dies gilt sehr grundsätzlich auch für alle Flüchtlinge, die sich nicht mehr in einem laufenden Asylverfahren befinden. Für solche, die eine Flüchtlingsanerkennung haben, gilt dasselbe für den Flüchtlingspass (Reiseausweis für Flüchtlinge).

Immer wieder umstritten ist die Frage der Erstattung der Passbeschaffungskosten für Ausländer bzw. Flüchtlinge, die auf Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld II) angewiesen sind. Sowohl im Bereich des SGB II als auch des SGB XII sind nur noch wenige Leistungen im Katalog der anzuerkennenden "einmaligen Bedarfe" verblieben. Die Kosten für die Passbeschaffung sind nicht darunter.

Dennoch sind Passbeschaffungskosten nach vorherrschender und auch oberverwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung zu übernehmen (s. Georg Classen, Flüchtlingsrat Berlin, www.fluechtling-srat-berlin.de, Rechtsprechungsübersicht zum Flüchtlingssozialrecht vom 12.10.2009, Seite 316 ff.) „Ansprechpartner“ wäre mit Hinweis auf § 73 SGB XII – Hilfe in sonstigen Lebenslagen – das jeweilige Sozialamt.

Zur Erläuterung dessen, was eine „sonstige Lebenslage“ ausmacht, heißt es im Lehr- und Praxiskommentar zum SGB XII von Münder, Armbrorst, Berlitz ..., NOMOS-Verlag:

„Eine „sonstige Lebenslage“ liegt vor, wenn die bedarfsauslösende Lebenslage weder innerhalb des SGB XII in den Kapitel 3 bis 9 (§§ 27 bis 69) bzw. den sonstigen Hilfen in anderen Lebenslagen (§§ 70 bis 72, 74) noch in anderen Bereichen des Sozialrechts geregelt und bewältigt wird.“ Daraus folgt: Zuständig für die Passkosten ist auch bei ALG II-Empfängern nicht die ARGE sondern das Sozialamt!

Nach dem hier Vorgetragenen sollten Betroffene Anträge auf Erstattung von Kosten für die Passbeschaffung stellen mit Hinweis darauf, dass diese nicht durch die Regelleistungen nach SGB II bzw. SGB XII bzw. AsylbLG abgedeckt sind, sowie mit Hinweis auf § 73 SGB XII.

Zu beachten ist (ich zitiere weiter a.a.O.): „Die Norm (§ 73 SGB XII – H.S.) beseitigt nicht den Vorrang speziellerer Regelungen über soziale Hilfeleistungen.“

Es gibt offenbar eine nicht unumstrittene Frage: Kann von anerkannten Flüchtlingen, die auf Sozialleistungen (SGB II) angewiesen sind, gemeinsam mit dem Antrag auf Neuausstellung der Flüchtlingspässe bei der Ausländerbehörde auch erfolgreich ein Antrag auf Gebührenbefreiung bzw. –ermäßigung gemäß § 53 (2) AufenthV gestellt werden? Die Frage ist, ob § 53 (2) AufenthV als eine solche „Vorrangregelung“ zu sehen ist.

Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz bieten neue Chance

Die neuen, bundesweit verbindlichen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz führen unter Nummer 3.3.4.6. diesbezüglich aus:

„Für die zu erhebenden Gebühren sieht die Genfer Flüchtlingskonvention in § 3 des Anhangs vor: „Die für die Ausstellung des Ausweises erhobenen Gebühren dürfen den niedrigsten Ansatz, der für heimatische Pässe gilt, nicht übersteigen“. Die Gebühren von 59 Euro entsprechen den Gebühren für deutsche Nationalpässe. Für Befreiungen von den Passgebühren bei Flüchtlingen im Sozialleistungsbezug sind § 52 Absatz 7 und § 53 AufenthV grundsätzlich anwendbar.“

Danach besteht auch für anerkannte Flüchtlinge, die auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind, bei Neuausstellung eines Reisepasses für Flüchtlinge, eine realistische Chance auf Gebührenbefreiung. Entsprechende Anträge sollten mit Verweis auf die zitierte Vorschrift gestellt werden!

ANZEIGE

5.000 Gründe für das NPD-Verbot... Wie lautet deiner?

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

www.npd-verbot-jetzt.de

Tschetschenien, alleingelassen und vergessen

Wie und warum sich unsere europäische Wertegemeinschaft taub stellt(e)
Ein Aufruf gegen politische Ohnmacht und menschliche Gleichgültigkeit

„Es ist Krieg vor der Haustür Europas. Und weder Gottes Engel noch Menschenhand, so scheint es, könnten ihm wehren. Er verwüstet ein Land, vernichtet die Blüte eines Volkes und zerreißt die Seelen der Überlebenden. (...) Ein Ende ist nicht abzusehen – und die Weltöffentlichkeit droht ihn zu vergessen“.

Diese Worte, niedergeschrieben vom deutschen Journalisten Klaus Bednarz während des zweiten Tschetschenienkrieges lassen nur im Ansatz erahnen, was die Tschetschenienkriege für unheilvolles Leid über die Bevölkerung gebracht haben. Seit Beginn des russischen Feldzugs 1994 starben rund 250.000 Menschen, 50.000 Kinder haben beide oder



Kevin-Rick Doß

einen Elternteil verloren und rund 80% der bestehenden Gebäude wurden seither zerstört. Die geschätzte Zahl der im Krieg getöteten tschetschenischen Kinder beläuft sich auf 42.000. Václav Havel, der ehemalige tschechische Ministerpräsident, sprach im Februar 2000 daher nicht umsonst vom „Abschlachten einer Nation“.

Trotz dieses grausamen Konfliktes, der mit Folterungen, Verstümmelungen und Vergewaltigungen in diversen „Filtrationslagern“ wie Tschernokosowo, Urus-Martan oder Tolstoi-Jurt Schlagzeilen machte und nicht minder de facto viele Merkmale eines Genozids erfüllte, wurden in Europa keine ernsthaften Maßnahmen getroffen, um diesem Morden ein Ende zu bereiten. Dieses Europa, das sich nur allzu gern auf seinen „normativen Überbau“ bezieht und sich basierend auf den Prinzipien der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als eine „Wertegemeinschaft“ versteht,

nutzte alle zur Verfügung stehenden diplomatischen Wege nicht, um den Völkermord zu beenden. Ganz im Gegenteil: Statt aktiver und schneller Intervention europäischer Staaten, bestimm(t)en Passivität und großzügiges Wegschauen eingepackt in diplomatisch verhüllter Gleichgültigkeit das Tagesgeschehen auf Regierungsebene. Zeugt dies lediglich von politischer Unmündigkeit, menschlicher Gleichgültigkeit oder steckt eher strategisches Kalkül auf der Basis politischer und wirtschaftlicher Interessen in Russland dahinter? Wo liegen mögliche Gründe und Ursachen, die das Versagen der europäischen Regierungen, den Völkermord im Kaukasus zu stoppen, erklären könnten?

Um diese schier unverständliche Verhaltensweise zumindest ansatzweise nachzuvollziehen, ist es wichtig, dem momentanen Verhältnis zwischen dem russischen Staat und den führenden Kräften in der europäischen Union einer Charakterisierung zu unterziehen. Sie verdeutlicht die gegenseitigen Interessenlagen der Akteure und dient als Grundlage dafür zu verstehen, warum beispielsweise zwar im europäischen Parlament die tschetschenischen Fakten klar und deutlich benannt, aber wiederum auf Regierungsebene diverser Staaten in diplomatische Watte verpackt wurden.

Dabei rückt vor allem die so oft zitierte „strategische Partnerschaft“ mit Russland in den Vordergrund der Betrachtung, da sie als wichtiger Bestandteil Antworten in Hinblick auf das höchst unkritische Verhalten europäischer Politik liefert.

Russland und Europa - Ein nonchalantes Verhältnis

Es lässt sich konstatieren, dass Russland zu den großen östlichen Nachbarn der europäischen Union zählt. Wirtschaftlich gesehen wickelt die Russische Föderation heute mehr als ein Drittel seines Außenhandels mit der EU ab. Allein was die Öl und Gas Exporte angeht, ist Russland mittlerweile der Hauptlieferant der EU: 26% Öl- und 29% der Gasimporte der EU-27 stammen aus russischem Staatsgebiet (2004). Bulgarien und Griechenland beziehen ihr Gas zu hundert Prozent aus Russland.

Angesichts dieser wirtschaftlichen Verflechtung vor allem im Energiesektor, ist Russland sehr von den europäischen Staaten abhängig. Aus diesem Grund hat Russland kaum ein Interesse daran, die EU als zahlungskräftigen Kunden nachhaltig zu schädigen. Umgekehrt gilt, dass für die europäische Staatengemeinschaft eine russische Gesellschaft von Nöten ist, die sich europäisiert und somit einen berechenbaren Verhandlungspartner darstellt. Diese Interdependenz zwischen beiden Akteuren ist das Hauptmerkmal dieser strategischen Partnerschaft. Russland befindet sich dabei vor allem in der Rolle des Nehmers, was einen gewissen Handlungsspielraum für wirtschaftliche Sanktionen seitens der EU bedeutet. Allerdings wurde diese nie ernsthaft in Erwägung gezogen, um nicht eine Brückierung Russlands in Kauf zu nehmen und somit den demokratischen Reformprozess Russlands zu gefährden. Soweit die gängigen Argumentationen. Doch liegt der Verdacht nahe, dass die Versorgung mit Energieträgern für Europa unverhältnismäßig größere Bedeutung hat als die innenpolitische Entwicklung Russlands.

Vergleicht man die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in

Russland und die Wirtschaftspolitik der EU in der „dritten Welt“, in der ebenfalls Menschenrechtsverletzungen stattfinden, kommt der Verdacht auf, dass die EU mit unterschiedlichen Maßstäben misst, je nach wirtschaftlicher Bedeutung des Partners. Den Staaten der „dritten Welt“ werden Menschenrechtsverletzungen wie selbstverständlich zum Vorwurf gemacht. Der Grad der Demokratisierung scheint kaum eine Rolle zu spielen. Ein konkretes Beispiel auf internationaler Ebene ist die Politik des Internationalen Währungsfonds vor allem in den 90er Jahren: Auf der einen Seite blieben diversen afrikanischen Staaten wie Äthiopien oder Kenia Kredite vom IWF zeitweise verwehrt, weil die Länder „Mindestanforderungen“ nicht erfüllten. Auf der anderen Seite erhielt Russland, dass in Bezug auf Demokratiestandards und Menschenrechte erhebliche Rückschritte gemacht hatte, im ersten Tschetschenienkrieg Kredite im Wert von rund 17 Mrd. und während des Zweiten Kredite in Höhe von 4,5 Mrd. Dollar. Dieses Beispiel zeigt, dass die europäische und internationale Politik ihre Verantwortung für grundlegende Werte wie den Menschenrechten von konkreten Fällen abhängig macht und somit die offiziellen Bekundungen einer stärkeren Außen- und Wirtschaftspolitik auf der Grundlage von Menschenrechten stark in Zweifel zieht.

Wenn besagte demokratieorientierte Werte ohnehin nicht ernst genommen werden, erklärt sich vielleicht auch die Tatsache, wieso trotz Völkermord an der tschetschenischen Zivilbevölkerung ein so ungezwungenes Verhältnis zwischen Russland und der EU herrscht. Der französische Philosoph André Glucksmann brachte es so auf den Punkt:

„Tschetschenien erleidet den schlimmsten aller Kriege, die derzeit auf der Erde geführt werden: 40.000 bei

Nacht und Nebel getötete Kinder“ und dennoch „lassen Europa und die Vereinigten Staaten ihm (Wladimir Putin) freie Hand und buhlen um seine Freundschaft“.

Ein Grund hierfür ist, dass es bei der strategischen Partnerschaft nicht um Werte, sondern ausschließlich um Interessen geht. Allerdings ist diese strategische Partnerschaft mit Vorsicht zu genießen:

Durch das im Dezember 2006 verabschiedete Gesetz „Über spezielle ökonomische Maßnahmen“, ist der Präsident ermächtigt, Handelsverträge und Finanztransaktionen mit anderen Ländern zeitweilig - bis zu vier Jahren - außer Kraft zu setzen und Wirtschaftssanktionen zu verhängen. Somit verfügt die russische Regierung über ein starkes Druckmittel, um andere Handelspartner gefügig zu machen.

Die Politische- und öffentliche Wahrnehmung des 2. Tschetschenienkrieges vor und nach 9/11/2001

Obgleich der zweite Tschetschenienkrieg zu den grausamsten Kriegen nach dem zweiten Weltkrieg gehört und Russland das Genfer Abkommen von 1948 sowie das humanitäre Völkerrecht permanent missachtet(e), lässt sich in der Bilanz ernüchternd feststellen, dass das Verhalten westeuropäischer und nordamerikanischer Politiker gegenüber dem damaligen russischen Präsidenten Wladimir Putin nur relativ wenige Kritiker fand. Statt öffentlich kritisch Stellung zu beziehen, wurde die Stabilität und Ordnung gelobt. Dabei wurden die Politiker nicht müde, Russland das natürliche Recht zuzustehen, seine territoriale Integrität zu verteidigen. Doch

angesichts der 200.000 Flüchtlingen und der vielfach dokumentierten schweren Menschenrechtsverletzungen, insbesondere durch russische Soldaten, scheint dies ein ziemlich hoher Preis für die Verteidigung einer territorialen Integrität.

Nichtsdestotrotz wurden die russischen Rechtfertigungen, unter anderem auch der, dass der Krieg eine „innere russische Angelegenheit“ sei und sich dementsprechend niemand einzumischen habe, einfach hingenommen und ohne jede kritische Überprüfung akzeptiert. Dr. Amjad Jaimoukha der Direktor des internationalen Zentrums für tscherkessische Studien und Kaukasusexperte beschreibt dies wie folgt: „Western governments in general turn a blind eye to Russian conduct, sacrificing the ‚insignificant‘ Chechens on the altar of national interest- realpolitik at its ugliest“.

Doch nicht nur die westeuropäische Politik verhüllte sich in Schweigen und Gleichgültigkeit, sondern auch die Medien stimmten in dieses Lied mitunter ein: So muss insgesamt konstatiert werden, dass die Medienreaktionen auf Presseerklärungen von diversen Menschenrechtsorganisationen doch meist sehr bescheiden ausfielen. Auch Menschenrechtsorganisationen wie Attac, die Friedensbewegung oder große Amnesty International gaben sich sehr zurückhaltend: Wenn überhaupt, griffen sie den Tschetschenienkrieg nur punktuell und phasenweise auf. Und während in Westeuropa und den USA gegen den Kosovo-Einsatz der NATO (1999) und die Irak-Intervention der USA (2003) zahllose Großdemonstrationen liefen, schien Tschetschenien kaum ein Aufmarsch wert zu sein. George W. Bush wurde unter massiven Protesten empfangen, Wladimir Putin als Freund.

Doch während zu Beginn und während der heißen Phase des

Krieges (1999-2001) noch einige kritische Stimmen und Vorbehalte zu hören waren, verstummten diese spätestens mit den Terroranschlägen am 11. September 2001. Dieses Ereignis erlaubte es Putin, den Krieg in Tschetschenien in den Kontext des Krieges gegen den internationalen Terrorismus zu stellen, wobei es richtig ist, dass Islamisten dafür warben und werben, in den Heiligen Krieg nach Tschetschenien zu ziehen.

Schweigen seit dem 11. September 2001

Im Westen vollzog sich in Bezug auf die Reaktionen zum Tschetschenienkrieg mit 9/11 eine Art Paradigmenwechsel. Man nahm die neu vorgebrachten Argumente des Kremls gerne auf, sodass die bis dahin ohnehin eher verhalten vorgebrachte Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der Folge fast gar nicht mehr wahrgenommen wurde. Die Entwicklung im Europarat bestätigt dies:

Ende 2001 verschwand Tschetschenien faktisch von der Tagesordnung. Auch als anlässlich des 300. Geburtstags von St. Petersburg 45 Regierungs- und Staatschefs im Mai 2003 nach Russland reisten, wurde die Tschetschenienproblematik nicht mal angesprochen.

Den Höhepunkt dieses Schweigens markierte der April 2004, als zwei russische Soldaten mit zwei Filmdokumenten an die Öffentlichkeit gingen, wobei bei einem Video die planmäßige Hinrichtung einer Mutter und ihrer fünf Kinder (im Alter zwischen 12 Monaten und 7 Jahren) in der Gegend von Chatoi in Tschetschenien zu sehen war. Obgleich diese Dokumente in der Moskauer Zeitung ‚Novaia Gazeta‘ veröffentlicht wurden, gab es keine Reaktion, weder von den westlichen Medien noch von der Politik.

Es bleibt nur festzuhalten, dass sich der Westen als Mahner gegenüber Russland verabschiedet hat und als Claqueur zurückgekommen ist, seitdem Russland der internationalen Anti-Terror Koalition angeschlossen hat.

Jeder muss sich durchaus die Frage gefallen lassen, ob das Wertefundament auf dem Europa angeblich fußt, tatsächlich oder nur auf dem Papier besteht. Über Gemeinsame Werte zu sprechen ist nur dann sinnvoll, wenn daraus jetzt ein Handeln wird. In Bezug auf Tschetschenien hätte dies geheißen: Ein zügiges politisches Handeln auf der Basis der Wahrung der Menschenrechte. Leider ist dies nicht passiert, so dass ich schlussendlich nur noch eines festhalten möchte:

Ein Slobodan Milošević musste sich für seine Taten im ehemaligen Jugoslawien verantworten, ein Wladimir Putin muss es nicht. Trotz des 2. Tschetschenienkrieges und das damit verbundene Martyrium für die tschetschenische Zivilbevölkerung, aber auch für manch russischen Soldaten, genießt er immer noch Hochachtung unter den Staatschefs dieser Welt. Dies ist blanker Hohn und Spott für die Leidtragenden dieses Konfliktes und nur ein weiteres Armutszeugnis unserer „Wertegemeinschaft“.

Text von: Kevin-Rick Doß, GfbV-Regionalgruppe Osnabrück und Student für Politik- und Soziologiewissenschaft an der Universität Osnabrück



rechts: Renate Voß, links: Katalin Bürgermeister

Gemeinsam lernen durch Sprachpatenschaften

18 begeisterte Paten und Patinnen in Schwerin

In unserer Gesellschaft leben auf der einen Seite viele Menschen, die sich oft alleine und aus dem Alltag der Anderen ausgegrenzt fühlen. Menschen, die aus verschiedenen Gründen ihre Heimatländer verlassen mussten, bei uns in Deutschland eine neue Heimat finden und eine Zukunft aufbauen wollen. Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland viele Menschen, die ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung gerne an ihre Mitbürger weitergeben würden. „Als Mitarbeiter des Fachdienstes für Migration bei der Caritas sahen wir es als unsere Aufgabe an, diese beiden Gruppen von Menschen zueinander zu führen und das ist uns bislang wunderbar gelungen“, so Katalin Bürgermeister. Aus dieser Idee heraus startete im Oktober 2009 bei der Caritas das Projekt „Sprachpatenschaften“, gefördert durch „Aktion Mensch“. Geplant war ursprünglich, circa 15 Sprachpatenschaften zwischen Deutschen und Migranten ins Leben zu rufen. Zu unserer großen Überraschung meldeten sich bereits am ersten Tag, nachdem in der Presse über das Projekt berichtet wurde, 10 deutsche Sprachpaten.

Begeistert riefen ältere und junge Menschen bei der Caritas an und wollten so bald wie möglich einen Schützling betreuen. In den nächsten Tagen und Wochen meldeten sich noch mehr deutsche Paten, die einem Migranten ihre Hilfe anbieten wollten. Mittlerweile gibt es 18 Sprachpatenschaften. Manche Sprachpaten betreuen sogar eine ganze Familie, ein Ehepaar oder Freundinnen, so dass die Zahl der beteiligten Migranten noch höher ist. Die Gründe,

warum Migranten Hilfe brauchen, sind vielfältig. Viele von ihnen haben schon einen Sprachkurs belegt, sind aber im Gebrauch der deutschen Sprache noch ziemlich unsicher. Oft liegt der Sprachkurs etwas länger zurück, so dass einiges in Vergessenheit geraten ist. Andere können aufgrund ihres Alters nicht mehr so schnell lernen wie ihre jüngeren Mitmenschen. Wiederum Andere haben trotz guter Deutschkenntnisse Schwierigkeiten mit Deutschen in Kontakt zu kommen. Es gibt auch Migranten, die eine deutsche Freundin oder einen deutschen Freund suchen, mit dem sie etwas gemeinsam unternehmen oder „über Gott und die Welt“ reden können.

„Die Gründe für die Teilnahme an dem Projekt sind genauso verschieden, wie die Menschen, die an diesem Projekt teilnehmen. Mit viel Menschenkenntnis suchen wir zu jedem Migranten den passenden Paten.“

so Renate Voß, ehrenamtliche Koordinatorin des Projektes.

Wenn das erste Gespräch zum Kennenlernen erfolgreich verlaufen ist, vereinbart das Sprach-Tandem einen ersten Termin. Mindestens einmal pro Woche trifft man sich zu zweit oder zu dritt, wenn es sich um ein Ehepaar oder um Freundinnen handelt, zu Hause, in der Bibliothek, in der Stadt oder bei der Caritas. Regelmäßig findet alle zwei Monate ein Treffen aller am Projekt Beteiligten statt. Hier können Erfahrungen und Materialien ausgetauscht und nützliche Informationen und Anregungen geholt werden.

Einladung zum Seminar

Familiennachzug nach dem Aufenthaltsgesetz unter Berücksichtigung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum AufenthG vom 31.10.2009

**am Dienstag, 26. Januar
in der Zeit von 10 – 16 Uhr.**

Der Ort ist das Schleswig-Holstein-Haus in Schwerin.

Der Fachreferent ist Volker Maria Hügel von der GGUA-Flüchtlingshilfe Münster.

Es fällt ein Teilnehmerbeitrag von je 15,- € an, Mittagessen exklusive.

Der Beitrag ist auf folgendes Konto zu überweisen:

Flüchtlingsrat MV e.V.,
VR-Bank eG Schwerin,
BLZ: 140 914 64,
KTN: 100 349 003

**Anmeldungen bitte bis spätestens zum 18. Januar 2010
an den Flüchtlingsrat per E-mail oder Fax!**

Programm

Anreise, Stehkafee bis 10:00 Uhr

- 10:00 Uhr** Begrüßung, Vorstellung des Ablaufs und Einführung in das Thema
- 10:15 Uhr** Überblick über d. Regeln des Familiennachzugs
- 10:45 Uhr** Die §§ 27 -28 im Detail mit den Besonderheiten aus den Verwaltungsvorschriften
- 11:30 Uhr** Pause
- 11:45 Uhr** Die §§ 30 -36 im Detail mit den Besonderheiten aus den Verwaltungsvorschriften
- 13:00 Uhr** Mittagspause
- 14:00 Uhr** Fortführung des Themas und Praxisbeispiele
- 15:45 Uhr** Abschlussrunde und Seminar kritik
- 16:00 Uhr** Ende des Seminars

Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. setzt sich ein für

- faire Asylverfahren
- Zugang zu Arbeits-, Bildungs-, Ausbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge
- menschenwürdigen Wohnraum außerhalb von Heimen und uneingeschränkte medizinische Versorgung

und ist gegen

- Fremdenfeindlichkeit und Rassismus jeglicher Art

Der Flüchtlingsrat MV ist Mitglied bei PRO ASYL und bundesweit mit anderen Flüchtlingsinitiativen und Organisationen verbunden.

Wir beraten

- Asylsuchende, geduldete und anerkannte Flüchtlinge sowie Bürgerkriegsflüchtlinge, Haupt- und ehrenamtlich tätige Personen, Vereine und Initiativen, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind

Wir organisieren

- Weiterbildungen, Aktionen rund um das Thema Flucht und Asyl

Wir vermitteln

- Hilfe und Begleitung für Flüchtlinge zu Ärzten, Beratungsstellen, Rechtsanwälten usw.

Wir koordinieren und fördern

- die Vernetzung der Flüchtlingsarbeit in MV

Helfen kann jeder

- durch eine Spende auf folgendes Konto:
VR-Bank eG Schwerin
BLZ: 140 914 64
Ktn.: 349 003
- durch eine Mitgliedschaft
- durch eine freiwillige Mitarbeit



FLÜCHTLINGSRAT
Mecklenburg -Vorpommern e.V.

ENGAGEMENT SCHLÄGT BRÜCKEN

Richten Sie mit uns Einsatzstellen für Freiwillige ein!

www.freiwilligendienste-aller-generationen.de

Das Mobile Team berät Sie als Kommune und Organisation gerne zu den Themen:

- **Profil “Freiwilligendienste aller Generationen”**
- **Gewinnung, Vermittlung und Begleitung von Freiwilligen,**
- **Anerkennungsformen,**
- **Engagement fördernde Strukturen**

Seniorenbüro Schwerin

E-Mail: seniorenbuero_schwerin@t-online.de,

www.seniorenbuero-schwerin.de

Bundesprogramm Engagement schlägt Brücken im Rahmen der Bundesinitiative
Alter schafft Neues.

